



Informationsdienst der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (DGVN)

## Inhaltsverzeichnis

- 1 Weltbevölkerungstag 2009**  
Frauen und Mädchen fördern
- 2 Auf der Suche nach Zuflucht**  
Klimawandel und Migration
- 4 Schon heute mit der Zukunft leben**  
Klimawandel und Anpassung in Bangladesch
- 5 „Game Over – Neustart!“**  
McPlanet.com Kongress vom 24. bis 26. April 2009 in Berlin
- 7 Auf der Suche nach Arbeit**  
Auswirkungen der globalen Wirtschaftskrise auf Migranten
- 9 Frauen im ländlichen Indien**  
Klimawandel und Migration
- 10 Neue UN-Weltbevölkerungszahlen**
- 10 „Damit Armut einpacken kann“**  
Schattenbericht zu den Millenniums-Entwicklungszielen
- 10 Ein Planet vor der Überhitzung**  
Worldwatch-Bericht „Zur Lage der Welt 2009“
- 11 Zwischen Migration und Integration**
- 11 Schülerheft „Zwei Grad“**
- 11 MDG Tool-Kit DVD**
- 12 Termine und Vorankündigungen**

## Weltbevölkerungstag 2009

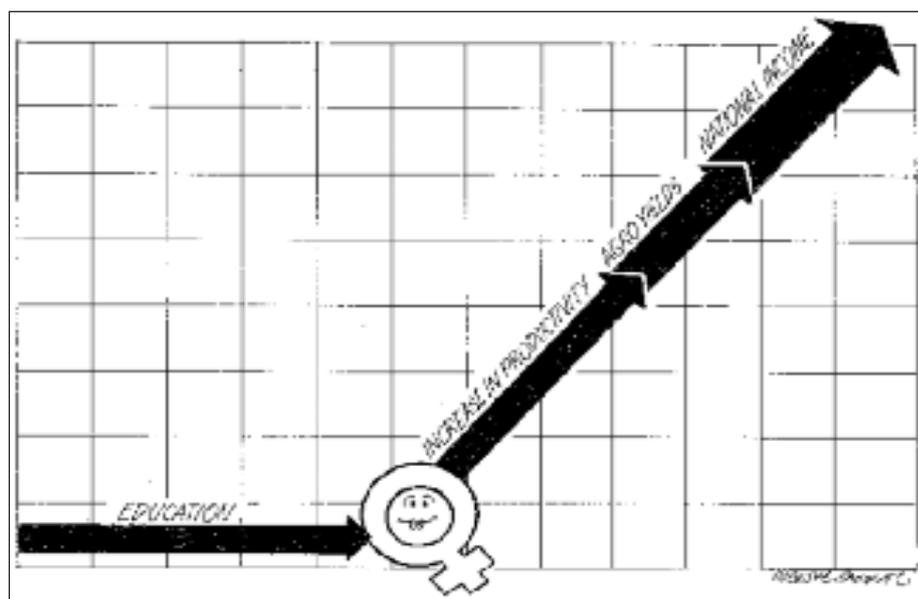
### Frauen und Mädchen fördern

*Die globale Wirtschaftskrise wird sich für Frauen und Kinder in Entwicklungsländern besonders verheerend auswirken, befürchtet der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA). Anlässlich des Weltbevölkerungstags am 11. Juli 2009 warnt die UN-Organisation, dass die Fortschritte bei der Minderung der Armut auf dem Spiel stünden. Doch die Krise bringt für Frauen und Mädchen nicht nur große Risiken mit sich, sondern auch Chancen. Denn Investitionen in ihre Zukunft sind zugleich ein besonders wichtiger Teil der Lösung.*

Nach Einschätzung von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon ist die Förderung von Mädchen und Frauen einer der effektivsten Wege, um die Millenniums-Entwicklungsziele zu erreichen. Da Frauen ihre Ersparnisse am ehesten in die Gesundheit und Bildung ihrer Kinder investieren, können politische Konzepte, die den Schwerpunkt auf die Rolle der Frauen als wirtschaftliche Akteurinnen legen, die Auswirkungen der Krise auf die menschliche Entwicklung abfedern.

### Investitionen in Gesundheit und Bildung

Es hat sich gezeigt, dass durch Investitionen in die Bildung und Gesundheit von Frauen und Kindern die Produktivität, die Erträge in der Landwirtschaft und das Nationaleinkommen erhöht werden konnten. Auch lohnt es sich, in die Ausbildung junger Mädchen zu investieren. Denn wenn Mädchen besser ausgebildet sind, erhalten sie bessere Stellen und höhere



Suresh Sawant, Mumbai

Löhne. Sie bekommen weniger Kinder, die aber zugleich gesünder sind, und sie haben bessere Chancen, bei einer Geburt medizinisch betreut zu werden.

### Risiken der Wirtschaftskrise

Gelingt es nicht, Frauen und Mädchen auch in Krisenzeiten besonders zu fördern, droht bei sinkenden Budgets der hart erarbeitete Fortschritt bei der Verbesserung des Gesundheitswesens und der Armutsbekämpfung zunichte gemacht zu werden. Wenn das Haushaltseinkommen sinkt, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass Mädchen die Schule abbrechen. Wenn in den Unternehmen die Gewinne ausbleiben, verlieren Frauen ihre Arbeit und damit ihre Einkommensquelle. Wenn die Gesundheitssysteme zusammenbrechen, sind mehr Frauen dem Risiko einer Geburt ohne im Ernstfall lebensrettende Maßnahmen ausgesetzt. Schon vor der Krise starb jede Minute eine Mutter

während einer Schwangerschaft oder bei einer Geburt, vor allem in Entwicklungsländern.

### 15 Jahre nach Kairo

Auf der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung (ICPD) vor 15 Jahren in Kairo hatten 179 Staaten die bedeutende Rolle von Frauen für die Entwicklung anerkannt. Weltweit sollten Frauen in die Lage versetzt werden, selbst über die Anzahl ihrer Kinder zu bestimmen. Zu diesem Zweck sollen bis 2015 alle Menschen Zugang zu Bildung, Sexualaufklärung und Familienplanung erhalten. In der Realität liegt dieses Ziel jedoch noch immer in weiter Ferne.

In den vergangenen Jahren habe die Familienplanung auf der internationalen Agenda stetig an Bedeutung verloren, beklagt die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW). Die internationale Gemeinschaft stelle heute für die Förderung entsprechen-

der Programme in Entwicklungsländern nicht einmal halb soviel Geld zur Verfügung wie noch 1995. Die Ausgaben seien von damals 723 Millionen US-Dollar auf 338 Millionen US-Dollar (2007) geschrumpft.

### Investitionen in die Zukunft

„15 Jahre nach der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung müssen wir unsere Maßnahmen verstärken, um bis 2015 allen Frauen den Zugang zu reproduktiven Gesundheitsdiensten zu ermöglichen“, so UN-Generalsekretär Ban Ki-moon. „Lassen Sie uns gemeinsam die Rechte von Frauen und Mädchen fördern und sie als produktive Mitglieder unserer Gesellschaft unterstützen, die zum wirtschaftlichen Aufschwung und Wachstum beitragen. Es gibt keine bessere Investition, weder heute noch zu einem anderen Zeitpunkt“.

Christina Kamp

## Auf der Suche nach Zuflucht

### Klimawandel und Migration

*Wenn nicht Entscheidendes getan wird, um die Erderwärmung zu stoppen, werden weit mehr Menschen als je zuvor ihre Heimat verlassen müssen, warnt der neue Bericht „In Search of Shelter“, herausgegeben von der Nichtregierungsorganisation Care, dem Institut für Umwelt und menschliche Sicherheit der Universität der Vereinten Nationen (United Nations University – UNU) und der Columbia University. In Karten werden die Auswirkungen des Klimawandels sowie Strukturen der Bevölkerungsverteilung anschaulich dargestellt. Anhand einiger Fallbeispiele wird deutlich, wie sich der Klimawandel auf die Migrationsströme in den betroffenen Regionen auswirken könnte.*

Nach Schätzungen der Internationalen Migrationsorganisation (IOM) könnte die Zahl der Migranten, die aufgrund der sich verschlechternden Umweltbedingungen ihre Heimat verlassen, bis 2050 auf 200 Millionen steigen. Menschen in den am wenigsten entwickelten Ländern und in Inselstaaten werden als erste und in besonderem Maße betroffen sein. Auf die Weltwirtschaft und auf die Bemühungen zur Minderung der Armut könnte sich der Klimawandel in verheerendem Maße auswirken.

### Wirbelstürme, Überschwemmungen, Trockenheiten

Mexiko und die zentralamerikanischen Länder leiden bereits heute unter den Fol-



Durch den Klimawandel werden im dicht besiedelten Bangladesch weite Landstriche unbewohnbar.

Foto: CPD

gen des Klimawandels. Es regnet weniger und extreme Wetterereignisse wie Wirbelstürme und Überschwemmungen nehmen zu. In einigen Gegenden wird damit gerechnet, dass die Niederschläge bis 2080 um bis zu 50 Prozent zurückgehen werden. Viele Menschen werden dadurch ihre Lebensgrundlage verlieren und die Gefahr, dass mehr Menschen Hunger leiden werden, wird dramatisch steigen.

Die Gletscherschmelze im Himalaya wird große landwirtschaftliche Gebiete in Asien betreffen. Wenn die Gletscher weniger Wasser speichern, steigt zunächst die Überflutungsgefahr entlang der Flüsse. Mittel- und langfristig werden die Flüsse dann deutlich weniger Wasser führen. Beides gefährdet die Nahrungsmittelproduktion in einer der am dichtesten besiedelten Regionen der Welt.

Weitere Karten zeigen zunehmende Trockenheiten in Westafrika, den steigenden Meeresspiegel im Ganges-Delta und im Nil-Delta sowie die Hauptstädte der Inselstaaten Tuvalu und Malediven, von denen Teile schon bald unter der Wasseroberfläche verschwinden könnten.

### Notwendige Anpassungsmaßnahmen

Die meisten Menschen werden irgendwo in ihrem Heimatland Zuflucht suchen, andere werden ins Ausland gehen. Damit weniger Menschen gezwungen sein werden, ihre Heimat zu verlassen, muss stärker in ihre Fähigkeiten und Möglichkeiten investiert werden, mit den Folgen des Klimawandels umzugehen. Mögliche Anpassungsmaßnahmen sind zum Beispiel die Entwicklung Wasser sparender Bewässerungssysteme, Einkommensdiversifizierung und Maßnahmen, um die Auswirkungen von Katastrophen abzumildern.

Ärmere Länder haben jedoch kaum genug Mittel, um Anpassungsmaßnahmen in großem Umfang umzusetzen. Das kann dazu führen, dass es zu einer Abwärts spirale kommt: Die Umweltsituation verschlimmert sich weiter, die sozialen Sicherheitsnetze lösen sich auf, es kommt zu Spannungen und womöglich zu Gewalt. In diesem nur allzu plausiblen „worst-case“-Szenario würden sehr viele Menschen zur Migration gezwungen, um zu überleben. Aufgrund der geschlechts-



Suresh Sawant, Mumbai

spezifischen Rollenverteilung und kulturellen Zwänge kann es aber gerade für Frauen schwierig sein, bei Umweltveränderungen durch Migration bessere Lebensbedingungen zu finden, selbst wenn dies zum Überleben unabdingbar wäre.

„Um mit der Bedrohung umzugehen, die die klimabedingte Migration für die menschliche Sicherheit und das menschliche Wohlergehen darstellt, braucht es eine neue Denkweise und praktische Ansätze,“ sagt Koko Warner (UNU), Hauptautorin des Berichts. In der Geschichte der Menschheit war Migration schon immer ein Weg, um mit Klimaveränderungen umzugehen. Die Herausforderung besteht nun darin, die Dynamik der klimabedingten Migration besser zu verstehen und die menschliche Mobilität in den nationalen und internationalen Anpassungsplänen zu berücksichtigen.

Der Bericht analysiert sowohl die Bedrohungen als auch mögliche Lösungen, und er gibt politische Empfehlungen ab. Diese Empfehlungen spiegeln die Sichtweisen wichtiger multilateraler Organisationen, Forschungsinstitute und Nichtregierungsorganisationen wider.

„Man muss anerkennen, dass Migration an sich nichts negatives, sondern eine zuweilen notwendige Reaktion auf die Auswirkungen des Klimawandels ist. Die politischen Entscheidungen, die wir heute treffen, werden darüber entscheiden, ob Migration eine Wahlmöglichkeit sein kann, eine pro-aktive Anpassungsmaßnahme,

oder ob Migration und Vertreibung der tragische Beweis für unser kollektives Versagen sein werden, bessere Alternativen anzubieten“, so Warner. Man kann nur erfolgreich damit umgehen, wenn man diese Prozesse als globale Prozesse betrachtet, und nicht als lokale Krisen. Die Industrieländer und die am schlimmsten betroffenen Länder müssen gemeinsam die Verantwortung dafür übernehmen, entwurzelten Bevölkerungsgruppen zu helfen und sie zu schützen.

Das Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten dafür, dass möglichst wenige Menschen vertrieben werden und dass sie Unterstützung erhalten, wenn Migration unvermeidlich ist, müsse eine der Grundlagen der politischen Verhandlungen und entsprechenden Ergebnisse sein, so eine zentrale Botschaft des Berichts. Die Unterstützung der Migranten und ihr Schutz können nicht allein den besonders betroffenen Ländern überlassen werden.

Christina Kamp

#### In Search of Shelter: Mapping the Effects of Climate Change on Human Migration and Displacement

Care, CIESIN Columbia University, UNHCR, UNU, World Bank (Hg), 2009, 36 Seiten.

Download:  
[www.careclimatechange.org](http://www.careclimatechange.org)

## Schon heute mit der Zukunft leben

### Klimawandel und Anpassung in Bangladesch

*Rund eine Million Menschen in der südwestlichen Küstenregion Bangladeschs leben mit „Land unter“. Weitere fünf Millionen Menschen und das Ökosystem der Sundarbans, der größte Mangrovenwald der Welt, sind gefährdet, da das Meerwasser nicht abfließt und die Böden versalzen. Die armen Küstenbewohner sind zunehmend vom Wasser eingeschlossen und verlieren den Zugang zu den Ressourcen der Feuchtgebiete. Für sie ist der Klimawandel kein entferntes Zukunftsszenario, sondern heute schon Realität, berichtet **S. Jahangir Hasan Masum** von Coastal Development Partnership (CDP), einer Nichtregierungsorganisation in Bangladesch, die sich für die Menschenrechte einsetzt.*

Mehr als 70 Prozent der Landfläche in der südwestlichen Küstenregion Bangladeschs liegen kaum einen Meter über dem Meeresspiegel. Durch die Auswirkungen des Klimawandels wird es für die vom Wasser eingeschlossenen Menschen noch schwieriger, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, gesund zu bleiben, in Sicherheit zu leben und eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen.

Mit der Überflutung weiter Teile der Küstenregion eröffneten sich Möglichkeiten für reiche Investoren, Garnelenzucht in Monokultur zu betreiben. Doch durch die unkontrollierte Garnelenzucht wurden aus den Feuchtgebieten dauerhaft von Wasser eingeschlossene Gebiete. Als Reaktion auf die steigende Nachfrage aus den Industrieländern und die Politik von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF) wurde die Garnelenzucht immer weiter ausgeweitet. Um die Menschen der Region von den Feuchtgebieten fernzuhalten, haben korrupte Regierungsbeamte die



**Leben mit dem Wasser: Überflutungen gehören für die Menschen in Bangladesch zum Alltag.**

Foto: CPD

Feuchtgebiete zu Gewässern umdeklariert und für die Garnelenzucht verpachtet. Diese rücksichtslose und unmenschliche Politik setzt die Lebensgrundlagen der Menschen aufs Spiel.

Es muss dringend etwas getan werden, um die Beteiligungsmöglichkeiten der Bevölkerung zu stärken und die Entwicklungsanstrengungen neu auszurichten: Das Wichtigste sind der Schutz der Natur und ein umsichtiges Management der natürlichen Ressourcen in den Mangrovenwäldern der Sundarbans. Während sich die Produktivität und die Kapazitäten des Ökosystems der Sundarbans immer weiter verschlechtert haben, fällt es der armen Landbevölkerung immer schwerer, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Durch die Versalzung der Böden, den Verlust an Bodenfruchtbarkeit, das stehende Wasser und die Verschlammung haben die Armen immer weniger Einkommensmöglichkeiten. Denn sie können weniger Tiere hal-

ten, weniger Nahrungsmittel anbauen, weniger Fisch fangen. Ihre Ernährungssicherheit ist in Gefahr. Die Anfälligkeit der sechs Millionen ländlichen Armen, die von den Sundarbans direkt abhängig sind, wird sich in Zukunft noch weiter erhöhen. Der einzige Ausweg besteht darin, Möglichkeiten zu finden, wie das Ökosystem wiederhergestellt werden kann und große Teile der Bevölkerung wirtschaftlich und politisch gestärkt werden können – durch besseren Zugang zu Ressourcen und Institutionen, durch den Transfer und Einsatz neuer Technologien und durch Diversifizierung ihrer Lebensgrundlagen. Die vom Wasser eingeschlossenen Gemeinschaften sind schon heute ausgesprochen innovativ in ihrer Anpassung an den Klimawandel. Sie legen schwimmende oder hängende Gärten an und Nichtregierungsorganisationen arbeiten daran, salztolerante Chilis, Senf, Mais und Kartoffeln einzuführen.



**Überleben durch Anpassung: Gemüseanbau in sicherer Höhe.** Foto: CPD

## Von den Armen lernen

Ironischerweise kann der Lernprozess der Armen in Bangladesch helfen, wenn es darum geht, auch in anderen Teilen der Welt die Lebensgrundlagen der Menschen zu sichern, die sich an den steigenden Meeresspiegel anpassen müssen. Doch die Frage ist, ob die alphabetisierte Gemeinschaft – oder wie auch immer wir uns nennen mögen – bereit ist, von den des Lesens und Schreibens unkundigen Armen zu lernen, um unseren Lebensstil an eine Zukunft anzupassen, in der wir mit dem Klimawandel leben müssen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Organisation „Coastal Development Partnership“ (CDP) sind überzeugt, dass sich viele noch ungenutzte Möglichkeiten identifizieren, ausbauen und als nachhaltige Optionen zur Sicherung der Lebensgrundlagen verbreiten lassen, wenn man das traditionelle Wissen um die Überlebensmechanismen, Praktiken und Innovationen einer Region mit hoher Klimaanfälligkeit sorgfältig dokumentiert.

Eine solche Initiative erfordert jedoch Anstrengungen, mit den Menschen vor Ort gemeinsam zu arbeiten und nicht einfach nur Dienstleistungen zu erbringen, die einer „Zielgruppe“ zu Gute kommen. Und es erfordert große Solidarität und eine proaktive Rolle der globalen Zivilgesellschaft, denn die Probleme der vom Wasser eingeschlossenen Gemeinschaften sind zwar lokale Probleme, doch diejenigen, die hier ihre Machtspiele betreiben, sind globale Akteure. Auf dem Spiel steht auch der Fortbestand der Sundarbans – ein unter der Ramsar-Konvention international geschütztes Feuchtgebiet und einzigartiges Weltnaturerbe.

*S. Jahangir Hasan Masum*

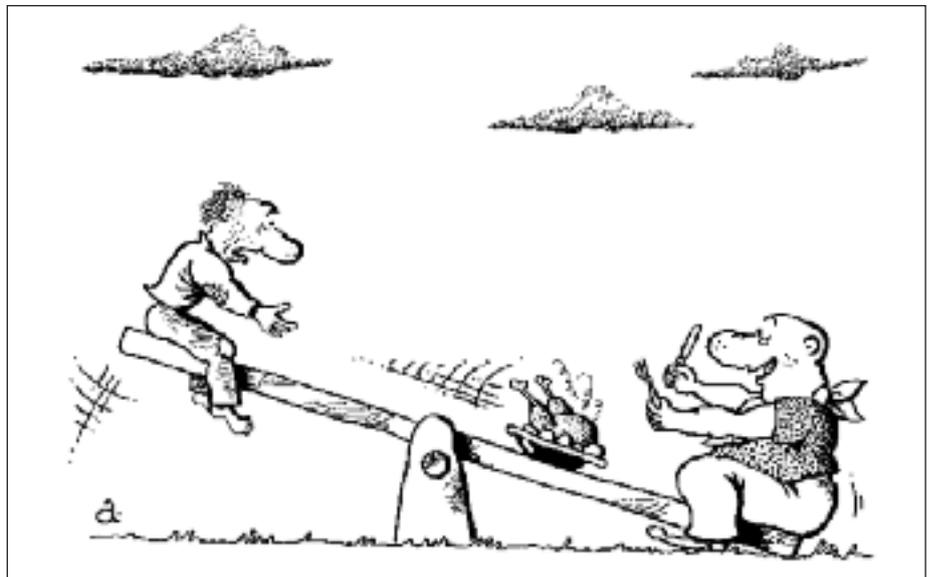
*S. Jahangir Hasan Masum ist Direktor der Nichtregierungsorganisation Coastal Development Partnership (CDP), Bangladesch. Seit 1997 setzt sich CDP dafür ein, Ökosysteme zu schützen, die Verletzbarkeit gegenüber dem Klimawandel und die Umweltzerstörung zu verringern, Nahrungsmittelunabhängigkeit zu sichern und die Rechte der Armen an den natürlichen Ressourcen in der Küstenregion von Bangladesch zu stärken.*

*Übersetzung aus dem Englischen:  
Christina Kamp*

## „Game Over – Neustart!“

„McPlanet.com“ Kongress vom 24. bis 26. April 2009  
in Berlin

*Die Hungerrevolten im April/Mai 2008 rückten die globale Ernährungskrise in den Blick der Weltöffentlichkeit. Mit Unruhen, Protestbewegungen und Streiks machten Menschen in vielen Ländern der Welt deutlich, was die Welternährungsorganisation FAO in einer Zahl ausdrückt: Weltweit hungern 1,02 Mrd. Menschen tagtäglich – ein historischer Höchstwert. Die Finanz- und Wirtschaftskrise, die Energie- und Klimakrise haben dem Hunger in der öffentlichen Wahrnehmung den Rang abgelassen. Wie eng die aktuellen Krisen miteinander zusammenhängen und ob und inwiefern sie sich auch als Chancen darstellen könnten, war Thema des diesjährigen „McPlanet.com“ – eines „Bewegungskongresses an der Schnittstelle von Umwelt, Globalisierung und globaler Gerechtigkeit“, der Ende April in Berlin stattfand.*



Karikatur: Vasily Alexandrov, Rumänien,

Quelle: eins Entwicklungspolitik

Unter dem Titel „Game Over – Neustart!“ diskutierten rund 1.700 Teilnehmerinnen und Teilnehmer über die Regulierung der Finanzmärkte, Klimagerechtigkeit und Ernährungssouveränität. Zum Abschluss des Kongresses forderten sie einen „Neustart“ in den verschiedenen Bereichen.

### Ernährungssouveränität

In Bezug auf den Zugang zu Nahrung heißt es in der Abschlusserklärung: „Weltweit müssen kleinbäuerliche Strukturen und ökologische Landwirtschaft gestärkt werden. Bäuerinnen und Bauern brauchen Zugang zu Land und Wasser sowie freien Zugang zu Saatgut. Exportsubventionen der Industrieländer gehören abgeschafft, die Spekulation mit Nahrungsmitteln unterbunden. Der Handel mit Agrargütern muss außerhalb der Welthandelsorganisa-

tion geregelt werden. Wir fordern Ernährungssouveränität statt Geschäften mit dem Hunger!“

### Wege aus der Nahrungskrise

Bislang wurde die Chance der Krise nicht wahrgenommen, meint Rudolf Buntzel, Referent für Welternährungsfragen beim Evangelischen Entwicklungsdienst (EED). Die alten Rezepte – mehr Investitionen in die bestehende Agrarproduktion, Düngemittelhilfe und modernes Saatgut, Nahrungsmittelhilfe und internationaler Freihandel – gingen in die falsche Richtung. Es sei nicht erkannt worden, dass die Weltmarktintegration zu dieser Krise geführt habe, so Buntzel. Entwicklungsländer, die früher noch Netto-Exporteure waren, seien nun Importeure, und die am stärksten integrierten Länder seien am schlechtesten

dran. Die Lehre aus der Krise wäre Ernährungssouveränität. Dazu müssten Agrarmethoden gefördert werden, die von den Bauern selbst kontrolliert werden.

Willi Kampmann, Vertreter des Brüsseler Büros des Deutschen Bauernverbandes, rechnet mit einer Trendwende bei den Preisen für Agrargüter, die eine Chance darstellen könne, die Agrarkrise zu überwinden. Auch in den ärmsten Ländern seien die Preise zu niedrig, um Anreize zu bieten, die Menschen auf dem Land zu halten und etwas anzubauen. Andererseits würden zukünftig steigende Nahrungsmittelpreise die Versorgung der Armen in den Städten erschweren. Als Ursachen für den erwarteten Preisanstieg sieht Kampmann unter anderem das Bevölkerungswachstum, die veränderten Verzehrsgewohnheiten vor allem in vielen ostasiatischen Ländern, darunter mehr Fleischkonsum, den Abbau von Überschussbeständen in den Industrieländern, Missernten in einigen Ländern der Welt, die Bioenergie, die im Kontext mit der Ernährungskrise kritisch behandelt werde, aber bei der Energieunabhängigkeit eine wichtige Rolle spiele, sowie Spekulationen auf den Märkten. Um mit den Herausforderungen im Agrarsektor umzugehen, plädiert Kampmann für standortangepasste Lösungen.

Flavio Valente, Generalsekretär der nicht-staatlichen Organisation Fian international, die sich für das Menschenrecht auf Nahrung einsetzt, möchte den Fokus auf die Menschen gerichtet sehen, die bisher ausgeschlossen waren. Denn 70 bis 80 Prozent der von der Krise Betroffenen seien die ländlichen Armen. Die Hungeraufstände hätten stattgefunden, weil die Krise die Armen in den Städten erreicht hat. Die Betroffenen müssten „mit an den Tisch“, so Valente, denn sie seien diejenigen, die wissen, was sie brauchen. Das Problem sei nicht fehlender politischer Wille an der Basis, sondern zu viel politischer Wille bei den Herrschenden, so weiterzumachen wie bisher, um die transnationalen Konzerne zufrieden zu stellen. Der einzige Ausweg sei gesellschaftlicher Druck.

### „Klimagerechtigkeit jetzt!“

Ähnliches gilt auch für den Klimawandel. „Als ließe sich der Klimawandel durch entschlossenes Ignorieren anhalten, werden Anstrengungen zum Klima- und Um-



„Game over!“ Mit einer großen Weltkugel riefen die „McPlanet.com“-Teilnehmer zum Neustart auf. Foto: ck

weltschutz mit Verweis auf die schlechte Wirtschaftslage verwässert und verschoben“, heißt es in der Abschlusserklärung des „McPlanet.com“-Kongresses. Dabei verblieben nur noch wenige Jahre, um ein katastrophales „Klimachaos“ abzuwenden. Um das zu schaffen, müssten die Industrieländer ihre Emissionen bis 2020 um mindestens 40 Prozent reduzieren, bis 2050 müssten sie sogar um 100 Prozent verringert werden. Die historische Verantwortung für die globale Erwärmung verpflichte die Industrieländer außerdem zu einem massiven Finanz- und Technologietransfer an Entwicklungs- und Schwellenländer, damit auch diese Länder klimaschonende Entwicklungswege einschlagen können. Zusätzlich müssten mindestens 50 Milliarden US-Dollar jährlich für die Anpassung an die Folgen des Klimawandels bereitgestellt werden.

### Klimawandel als Sicherheitsrisiko

Es besteht die Gefahr, dass der Klimawandel zunehmend zu Verteilungskonflikten um Rohstoffe, Wasser und Land führen wird, und dass Millionen von „Klimaflüchtlingen“ ihre Heimat verlassen müssen. Über die politischen Reaktionsmöglichkeiten auf diese Herausforderungen in den Industrie- und Entwicklungsländern ging es auf einem Workshop zum „Klimawandel als Sicherheitsrisiko“. Dabei wurde deutlich, dass eine kooperative Außen- und Sicherheitspolitik gefordert ist, die auf präventive, zivile Strategien zur Vermeidung von Ressourcenkonflikten setzt, entwicklungsorientierte Kooperationen fördert und die Umgestaltung der Strukturen der Weltwirtschaft unterstützt. Der Weltklimarat (IPCC) hat dazu beigetragen, dass das Thema Klimawandel

„verwissenschaftlicht“ und politisiert wurde. Nun wurde es zudem „versicherheitlicht“ und steht weit oben auf der Tagesordnung. Doch die Diskussion der Klimafrage unter Sicherheitsaspekten hält Angela Oels von der Universität Hamburg für gefährlich. Sie habe „unerwünschte Nebenwirkungen“, denn die Fragen nach den Ursachen und der Vermeidung gerieten aus dem Blickwinkel. „Statt über Sicherheit sollten wir über Gerechtigkeit sprechen. Dann rücken die Verursacher und ihre Verantwortlichkeiten wieder mehr in den Vordergrund“, so Oels. Der Pazifik-Staat Tuvalu fordere vor allem Schutzmaßnahmen. Noch könne der Klimawandel verhindert werden. Politiker der Inseln argumentierten neuerdings, dass der Flüchtlingsstatus mit dem Recht auf Nicht-Ab-schiebung unter der Genfer Flüchtlingskonvention nicht die richtige Antwort sei. Gegebenenfalls ginge es um eine faire, adäquate Entschädigung durch die Verschmutzer. Denn steigt der Meeresspiegel, ist Tuvalu vom Untergang bedroht. Die höchste Erhebung der Inselgruppe liegt nur wenige Meter über dem Meer.

Auch andere Regionen der Welt bekommen den Klimawandel bereits deutlich zu spüren. Der IPCC-Bericht sage für Indien und Bangladesch eine Durchschnittserwärmung um 0,7 Prozent voraus, berichtete Rixa Schwarz, Referentin für Klima und Sicherheit bei der Nichtregierungsorganisation Germanwatch. Schwankende Regenfälle, große Trockenheiten und die Gletscherschmelze im Himalaya betreffen Arme und Landlose. Der Klimawandel ist ein Multiplikator für bestehende Probleme, z.B. die Migration von Bangladesch nach Indien.

An den Küsten Mexikos gibt es große Probleme mit der Küstenerosion. Salzwasser dringt ein und fruchtbare Gebiete erleben längere Trockenzeiten. Oft leide die Maisernte darunter, berichtete Ursula Oswald Spring, Professorin an der Unabhängigen Nationalen Universität von Mexiko (UNAM). Konflikte um Landbesitz seien gepaart mit Wasserkonflikten. Wenn Mais für Biokraftstoffe genutzt wird, nehme die Ernährungsunsicherheit weiter zu. Der Klimawandel verschärft die bestehenden sozioökonomischen Ungleichheiten und komplexen sozialen Probleme zusätzlich.

Christina Kamp

## Auf der Suche nach Arbeit

### Auswirkungen der globalen Wirtschaftskrise auf Migrantinnen und Migranten

*Als Folge der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise verändern sich die Muster der internationalen Migrationsbewegungen. Arbeitsmigranten, vor allem aber Arbeitsmigrantinnen sowie Menschen mit einem ungesicherten Status, sind in Krisenzeiten besonders betroffen. Obwohl sich die Auswirkungen der derzeitigen Krise auf Migrantinnen und Migranten noch nicht in vollem Umfang entfaltet haben, gibt es Berichte über Entlassungen, sich verschlechternde Arbeitsbedingungen, darunter Lohnkürzungen, sowie über eine steigende Zahl von Rückkehrern und einen Rückgang der Zahl der neu Aufgenommenen.*

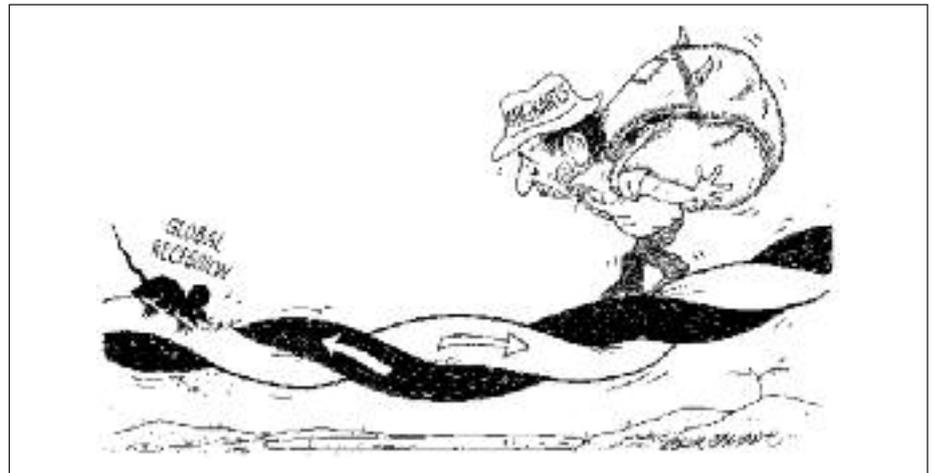
Angesichts der globalen Wirtschaftskrise sind immer mehr relativ wohlhabende Länder bemüht, die Zahl der ausländischen Beschäftigten zu reduzieren und die Grenzen noch dichter zu machen. Anfang 2009 kündigte zum Beispiel der russische Ministerpräsident Putin an, man werde die Anzahl zeitlich befristeter Arbeitserlaubnisse für Einwohner aus anderen GUS-Staaten von vier auf zwei Millionen halbieren. Auch für die mindestens fünf Millionen illegal in Russland arbeitenden Menschen wird die Situation immer schwieriger.

Sinkende Ölpreise und die globale Finanzkrise haben auch in den Golfstaaten ihre Spuren hinterlassen. Die bisher boomende Bautätigkeit bot Hunderttausenden Migranten aus asiatischen Ländern wie Sri Lanka und Bangladesch eine Beschäftigung. Allein in Dubai arbeiteten zeitweise 25.000 bis 30.000 srilankische Bauarbeiter. Sie und auch mehrere hunderttausend srilankische Hausangestellte in der Golfregion müssen nun um ihre Arbeit und oft sogar noch um ausstehende Löhne fürchten.

Selbst qualifizierte Fachkräfte wie Architekten werden in großer Zahl entlassen und in die Heimat zurückgeschickt. Oft werden die 3-Jahres-Verträge von den Arbeitgebern nicht mehr eingehalten. Dabei gehen große Teile des Einkommens des ersten Jahres und manchmal auch des zweiten Jahres an Vermittlungsagenturen, sodass kaum Geld gespart und in die Heimat geschickt werden kann. Eine vorzeitige Beendigung der Verträge, wie sie z. B. auch in Malaysia immer häufiger vorkommt, ist deshalb für die Betroffenen eine finanzielle Katastrophe.

#### Migranten kaum noch erwünscht

Die Abschottungspolitik nimmt weiter zu. Aus einem IOM-Bericht zu den Auswirkungen der globalen Wirtschaftskrise



Suresh Sawant, Mumbai

auf Migranten und auf die Migration („The Impact of the Global Economic Crisis on Migrants and Migration“) vom März 2009 geht hervor, dass immer mehr Länder entweder gar keine Arbeitsmigranten mehr aufnehmen (z. B. Südkorea und Thailand), Arbeitserlaubnisse für bestimmte Wirtschaftszweige verweigern (z. B. Malaysia) oder die geforderten Qualifikationen drastisch erhöhen (z. B. Großbritannien). In Europa und Nordamerika sind weiterhin Ärzte und Krankenschwestern willkommen – aber deren Abwanderung verschärft in den Heimatländern die Krise im Gesundheitswesen.

In der Vergangenheit waren oft Migrationsströme innerhalb einzelner Länder wenig im Blick. Dies hat sich geändert, seit in China etwa 130 Millionen Wanderarbeiterinnen und -arbeiter aus ärmeren Provinzen im Landesinneren in den boomenden Küstenregionen Arbeit gefunden haben. Die meisten von ihnen blieben offiziell Bewohner ihrer Heimatprovinzen und sind nur vorübergehend geduldete Arbeitskräfte in den Wirtschaftszentren. Je stärker die globale Wirtschaftskrise auch die chinesische Exportwirtschaft trifft, desto mehr von ihnen verlieren ihre Arbeitsplätze. Inzwischen sollen 20 bis

30 Millionen von ihnen arbeitslos sein und die chinesische Regierung fürchtet soziale Unruhen.

Ressentiments und Fremdenfeindlichkeit Angesichts der Wirtschaftskrise und der steigenden Arbeitslosigkeit wachsen im EU-Raum, in den USA und in vielen anderen Ländern die Vorbehalte gegen Migrantinnen und Migranten, die angeblich den Einheimischen die Arbeitsplätze wegnehmen und Sozialleistungen in Anspruch nehmen, die der lokalen Bevölkerung dann fehlen. Internationale Organisationen wie die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) verweisen immer wieder darauf, dass die Migrantinnen und Migranten den Wohlstand der Länder mehren, in denen sie arbeiten und häufig Jobs übernehmen, für die keine Einheimischen zu finden sind.

Die Ressentiments nehmen dennoch zu und sind besonders in den Ländern groß, wo es keine oder kaum Arbeitslosenunterstützung gibt und wo sich die Angst vor Arbeitslosigkeit und der Zorn über verlorene Jobs massiv gegen die Migranten richten. In Südafrika ist es im Mai 2008 vielerorts zu gewaltsamen Ausschreitungen gegen die Zuwanderer aus anderen afrikanischen Ländern gekommen, bei denen insgesamt

62 Menschen getötet und 100.000 vertrieben wurde. Diese Zahlen sind einem im März 2009 veröffentlichten Bericht der Internationalen Migrationsorganisation (IOM, einer Einrichtung, die von 125 Ländern getragen wird) zu entnehmen. Aus dem Südafrika-Bericht geht auch hervor, dass es weiterhin zu Gewalt gegen Arbeitsmigranten kommt: „Xenophobie, wirtschaftliche Ungleichheit und eine Kultur der Gewalt sind endemisch in Südafrika.“

Für diejenigen Arbeitsmigrantinnen und -migranten in aller Welt, die noch Jobs haben, verschlechtern sich die Arbeits- und Lebensbedingungen. Bei den Ausländern wird die Zahl der Überstunden zuerst gesenkt, was angesichts der niedrigen Löhne, relativ hoher Lebenshaltungskosten und hoher Zahlungen an Arbeitsvermittler dazu führt, dass die Betroffenen deutlich weniger Geld an ihre Familien in der Heimat schicken können.

Besonders schwierig ist die Situation von Arbeitsmigranten, die keinen legalen Status besitzen. Während sie in Zeiten wirtschaftlichen Wachstums und eines hohen Bedarfs an Arbeitskräften von den Behörden stillschweigend geduldet wurden, kommt es jetzt zu verstärkten Razzien und Ausweisungen. Dies ist zum Beispiel in Spanien der Fall. Hier herrschen unter den Betroffenen nach Angaben einer Einwandererorganisation „Angst und Terror“, viele würden sich nicht mehr auf die Straße trauen.

### Schwieriger Neubeginn in der Heimat

Die arbeitslos gewordenen und zum Teil gewaltsam abgeschobenen Menschen kehren in Heimatländer zurück, die selbst von einem wirtschaftlichen Niedergang betroffen sind. Besonders Länder wie Tadschikistan, Sri Lanka und die Philippinen, die stark von den Zahlungen von Millionen Migrantinnen und Migranten abhängen, erleben nun eine doppelte Krise. Tadschikistans Wirtschaft hing 2008 nach Berechnungen des Internationalen Weltwährungsfonds (IWF) zu 54 Prozent von den Zahlungen der Bürgerinnen und Bürger ab, die im Ausland (meist in Russland) arbeiteten. Trotzdem lebten mehr als 80 Prozent der im Lande Gebliebenen von weniger als umgerechnet zwei US-Dollar

am Tag, der offiziellen Armutsgrenze. Es lässt sich unschwer ermessen, was es bedeutet, wenn nun die Zahlungen aus dem Ausland drastisch zurückgehen.

In El Salvador, einem der wichtigsten Heimatländer von Arbeitsmigranten in den USA, haben viele Familien die landwirtschaftliche Tätigkeit eingeschränkt, weil sie jetzt vom Geldtransfer von Verwandten in den USA leben. So berichtete ein Korrespondent der Nachrichtenagentur IPS im März 2009 aus der mexikanischen Kleinstadt Chirilagua, dass dort fast alle Familien von den Zahlungen der Verwandten in den USA leben: „Die Stadt wurde früher vor allem von Bauern bevölkert, die mit ihren Pferden auf den Feldern arbeiteten und die Cowboyhüte und Cowboystiefel trugen. Heute ist sie voll von jungen Leuten, die auf ihren Fahrrädern herumfahren und die Baseballmützen, Bermudashorts und Sandalen tragen, während sie auf die nächste Zahlung der Verwandten im Ausland warten.“ Diese Zahlungen aber sind inzwischen seltener und niedriger geworden. Inzwischen gibt es schon Familien in Chirilagua, die Geld in die USA senden, damit arbeitslos gewordene Verwandte dort bis zum Ende der Rezession ausharren können.

### Wegbrechende Exporte

In vielen Entsendeländern vergrößern die heimkehrenden Migranten noch die angesichts wegbrechender Exportsektoren ohnehin hohe Zahl von Arbeitslosen. So ist Sri Lankas Wirtschaft nicht nur vom Bürgerkrieg betroffen, sondern auch von stark gesunkenen Weltmarktpreisen für Tee und Kautschuk. Hier zeigt sich ein weiteres gravierendes Problem der Dynamik internationaler Arbeitsmigration. Die meisten Migrantinnen und Migranten kommen aus Ländern, die von Bürgerkriegen heimgesucht und/oder von korrupten, skrupellosen und unfähigen Regimen beherrscht werden. So ist es kein Zufall, dass zentralasiatische Staaten, Sri Lanka, die Philippinen, Burma, Nepal sowie verschiedene afrikanische und mittelamerikanische Staaten zu den Ländern gehören, aus denen besonders viele Menschen ausreisen, um anderswo wenigstens ein geringes Einkommen zu erzielen. Die Zahlungen dieser Arbeitsmigranten haben die Folgen unverantwortlicher Politik für Millionen

Menschen und ganze Volkswirtschaften zumindest etwas abgemildert. Nun sind die Menschen zurückgeworfen auf die Konsequenzen einer verantwortungslosen Politik, gepaart mit äußerst ungünstigen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. IOM-Direktor William Lacy Swing betont angesichts dieser Situation: „Wir müssen dafür sorgen, dass die Wirtschaftskrise nicht zu einer Migrationskrise wird. Um möglichst rasch aus der Krise herauszukommen, hilft es, im Blick zu behalten, dass Migrantinnen und Migranten sowohl für ihre Ursprungsländer als auch für die Zielländer Teil der Lösung sind.“

### Illegalität als Ausweg

Was potenziellen Arbeitsmigrantinnen und -migranten gegenwärtig oft nur bleibt, ist der Versuch, illegal in reichere Länder zu gelangen und dort ohne Vertrag und mit dem Risiko der skrupellosen Ausbeutung zu arbeiten, immer die Gefahr vor Augen, von der Polizei entdeckt und umgehend ausgewiesen zu werden. Zu den wenigen gegenwärtig boomenden Beschäftigungsbereichen für Migranten gehört der Sicherheitsbereich. Vor allem im Irak finden arbeitssuchende junge Männer aus armen Ländern wie Nepal und Uganda Jobs bei privaten Sicherheitsunternehmen. Dort riskieren zurzeit etwa 30.000 dieser modernen Söldner für etwa 600 Dollar im Monat ihr Leben.

Dennoch sind diese Jobs gefragt – angesichts der globalen Wirtschaftskrise sehen immer mehr Menschen in armen Ländern keine Perspektive mehr für ein Leben in der Heimat und keine Alternative dazu, um fast jeden Preis im Ausland welche Tätigkeit auch immer anzunehmen. William Lacy Swing warnt: „Wenn man die Eingangstür für diese Migranten schließt, brauchen viele von ihnen weiterhin die Jobs, die die Bürger reicher Länder nicht annehmen wollen, und dies wird sie ermutigen, die mit Ausbeutung und Missbrauch verbundene Hintertür zu nutzen, die von Menschenschmugglern und Menschenhändlern zugänglich gemacht wird.“

*Frank Kürschner-Pelkmann*

*Frank Kürschner-Pelkmann arbeitet als freier Journalist zu entwicklungspolitischen und ökologischen Themen in Hamburg.*

## Frauen im ländlichen Indien

### Von der Stärke der Schwachen

*Das Leben der Frauen im ländlichen Indien unterscheidet sich wesentlich von dem der Frauen in den Städten. Es besteht eine riesige Kluft: bei der Ausbildung, ihrer wirtschaftlichen Situation, ihrer gesellschaftlichen Stellung und ihren politischen Einflussmöglichkeiten, schreibt die indische Feministin und Aktivistin Asha Kachru.*

Mindestens 70 Prozent der Frauen im ländlichen Indien werden im Alter von etwa 18 Jahren zum ersten Mal Mutter. Sie können nicht lesen und schreiben und haben das Leben außerhalb ihrer unmittelbaren ländlichen Umgebung nie kennen gelernt. Sie werden schon bald nach ihrer ersten Menstruation verheiratet und wissen kaum etwas über ihren Körper und ihre reproduktiven Organe. Da die Männer, mit denen sie verheiratet werden, ebenfalls noch sehr jung sind, werden sie schon in sehr jungen Jahren Eltern. Die jungen Mütter geben ihren Kindern ihre ganze Liebe, doch sie sind körperlich zu schwach, um ihre Babys gut zu ernähren. Da sie oft von Geburt an diskriminiert werden, sind sie selbst unterernährt. Eine gute Ernährung hat für sie keine Priorität. Aufgrund der soziokulturellen Bedingungen müssen sie nach einer Geburt tagelang im Haus bleiben, ohne frische Luft und sogar ohne gesundes Essen.

#### Junge Mütter in Indien

Die Mütter in Indien – die jungen Mädchen – opfern sich auf, um ihre Kinder großzuziehen. Die Opfer, die sie bringen, und ihre Fähigkeit, alle möglichen Härten zu ertragen, macht sie psychisch stark. 70 Prozent der Frauen in Indien sind wirtschaftlich arm, unterernährt und anämisch. Sie sind oft Mütter, auf denen feudale und patriarchalische Strukturen lasten – und



Feldarbeit ist nur eine von vielen Aufgaben der indischen Frauen auf dem Land. Foto: ck



Harte Arbeit ernährt die Familie: Indische Frauen erbringen enorme Leistungen, um ihren Kindern eine bessere Zukunft zu ermöglichen. Foto: ck

doch sind sie aktiv. Sie sind Bürgerinnen ohne Stimme in öffentlichen Angelegenheiten, sie stellen ihre Arbeitskraft in der Landwirtschaft zur Verfügung, ihre Arbeitskraft als Mütter und sie stillen ihre Babys. Ohne die Muttermilch der indischen Mütter wäre die Säuglingssterblichkeit noch viel höher. Sie produzieren Nahrungsmittel und ernähren ihre Familien und Gemeinschaften.

In den Dörfern und Städten tragen junge Mütter als Kindergärtnerinnen (Aanganwadi Workers – AWWs) und Kindergarten-Helferinnen (Aanganwadi Helpers – AWHs) auf enorm verantwortungsvolle Weise dazu bei, sich um kleine Kinder und die Gesundheit schwangerer Frauen zu kümmern. Der großzügige Charakter der Frauen im ländlichen Indien, ihre Toleranz, Geduld und Aufopferung, ihre Spiritualität, ihre Demut gegenüber der Natur und dem Kosmos hat ihnen bislang weder persönliche Anerkennung gebracht, noch die gleichen Rechte als Menschen.

#### Millenniums-Entwicklungsziel Nr. 3

Wir sehen, dass die Frauen in Indien wie auch in anderen Teilen Asiens, auf dem Land wie auch in den Städten, unter patriarchalischen Strukturen leiden. In einem solchen Umfeld von Verantwortung zu sprechen, ist eine beachtliche Heraus-

forderung. Und doch sind es die Frauen, die schließlich wirkliche Veränderungen bewirken können. Die Fähigkeiten der Frauen in Indien, still zu leiden, aber enorme Stärke zu beweisen, kann effektiver genutzt werden: zur Verbesserung ihrer eigenen Situation aber auch für die gesellschaftliche Entwicklung.

Doch dazu braucht es gezielte Maßnahmen – „positive Diskriminierung“, d. h. eine gezielte Förderung von Frauen auf nationaler, bundesstaatlicher und Dorfebene, mindestens so lange, bis das Millenniums-Entwicklungsziel Nr. 3 zur Gleichstellung der Geschlechter erreicht ist. Die reproduktive und unbezahlte Arbeit von Frauen in ihrer Rolle als Mütter, als Nahrungsmittelproduzentinnen und als Gemeinde-Mitarbeiterinnen muss anerkannt und entlohnt werden. Auf politischer Ebene, in den Bildungseinrichtungen und in den Familien muss Aufklärung über die Rolle von Frauen und über Fragen von Gleichberechtigung betrieben werden.

*Asha Kachru*

*Asha Kachru stammt aus Indien, lebte und arbeitete 22 Jahre als Grüne und Feministin in Deutschland und setzt sich nun mit den Frauen und Männern in einem Dorf im südindischen Andhra Pradesh für die ökologische Landwirtschaft ein.*

*Übersetzung aus dem Englischen:  
Christina Kamp*

## Neue UN-Weltbevölkerungszahlen

Trotz sinkender Kinderzahlen pro Frau wird die Weltbevölkerung nach aktuellen Hochrechnungen der Vereinten Nationen bis zum Jahr 2050 um voraussichtlich 2,3 Milliarden Menschen wachsen. Nach den aktuellen Bevölkerungsprojektionen der UN-Bevölkerungsabteilung werden bis zur Mitte des Jahrhunderts 9,1 Milliarden Menschen auf der Erde leben – heute sind es knapp 6,8 Milliarden. In den Entwicklungsländern wird die Bevölkerung in den kommenden vier Jahrzehnten von heute 5,6 Milliarden auf knapp 7,9 Milliarden Menschen in 2050 wachsen. In den 49 am wenigsten entwickelten Ländern wird bis 2050 mit einer Verdoppelung der Bevöl-

kerung gerechnet, von 0,8 auf fast 1,7 Milliarden Menschen. In den Industrieländern hingegen bleibt die Bevölkerungsgröße relativ stabil. Hier kommen bis 2050 lediglich rund 50 Millionen Menschen hinzu. Die Bevölkerung der Industrieländer umfasst dann 1,28 Milliarden Menschen. Ein weiterer Trend, den die neuen Zahlen der Vereinten Nationen bestätigen, ist die absehbare Alterung der Weltbevölkerung in den kommenden vier Jahrzehnten. Weltweit wird sich die Anzahl von Personen im Alter von über 60 Jahren bis 2050 voraussichtlich fast verdreifachen, von 739 Millionen auf zwei Milliarden Menschen. In den Industrieländern steigt der

Anteil der über 60-Jährigen so schnell wie nie zuvor. Im Jahr 2050 wird in diesen Ländern ca. ein Drittel der Bevölkerung älter als 60 Jahre sein.

Die Zuwanderung spielt für die Bevölkerungsentwicklung in den Industrieländern eine entscheidende Rolle. Viele wohlhabende Länder können schon heute aufgrund niedriger Geburtenraten einen Bevölkerungsrückgang nur durch die Aufnahme von Migranten verhindern. Auch Deutschland gehört mit jährlich 110.000 Einwanderern zu dieser Gruppe.

Weitere Informationen:

[www.un.org/esa/population](http://www.un.org/esa/population)

ck

## „Damit Armut einpacken kann“

### Schattenbericht zu den Millenniums-Entwicklungszielen

Deutschland tut zwar durchaus das Richtige, aber immer noch zu wenig, um die Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) in erreichbare Nähe zu rücken. Dies geht aus einem Schattenbericht des Aktionsbündnisses „Deine Stimme gegen Armut“ hervor, in dem das bisherige Engagement der Bundesrepublik für die Verwirklichung der MDGs bewertet wird. Das größte Manko sei die mit derzeit nur 0,37 Prozent viel zu geringe Quote der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance – ODA). Positiv vermerkt wird, dass die Bundesregierung anteilig große Stücke aus dem ODA-Kuchen für die sozialen Grunddienste und die am wenigsten entwickelten Länder (Least Developed Countries – LDCs) herauschneidet. Doch solange der Kuchen zu klein sei, bleibe das deutsche Engagement für die Verwirk-

lichung der MDGs insgesamt unzureichend, heißt es in dem Bericht. Neben Geld mangle es in Deutschland auch an einer kohärenten Ausrichtung aller Politikfelder auf die Bedürfnisse von Entwicklung und Armutsbekämpfung. Hart errungene Teilerfolge der Entwicklungszusammenarbeit würden durch die Wirtschafts-, Handels- und Agrarpolitik wieder gefährdet.

#### Kinder- und Müttersterblichkeit

Besonders unsicher ist die Erreichung der Millenniumsziele 4 und 5. Die Fortschritte bei der Senkung der Kinder- und Müttersterblichkeit seien erschreckend gering, heißt es in dem Bericht. Um das zu ändern, bedürfe es neben der langfristigen Förderung des Aufbaus von Gesundheitssystemen in armen Ländern auch eines größeren Einsatzes Deutschlands für den universellen Zugang zu Maßnahmen sexueller

und reproduktiver Gesundheit. Auch für die anderen Ziele formuliert der Schattenbericht Empfehlungen, was Deutschland tun müsse, um seiner Rolle als Wirtschaftsnation gerecht zu werden – „damit Armut einpacken kann“.

ck

#### Damit Armut einpacken kann. Schattenbericht zum deutschen Engagement für die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele

Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO) / Deine Stimme gegen Armut (Hg.), Bonn und Berlin, 2008. 26 Seiten.

Download: [www.deine-stimme-gegen-armut.de](http://www.deine-stimme-gegen-armut.de), unter Medien, Presseinformationen.

## Ein Planet vor der Überhitzung

### Worldwatch-Bericht „Zur Lage der Welt 2009“

Der neue Bericht „Zur Lage der Welt 2009“ des Washingtoner Worldwatch-Institutes zeigt, dass Klimaschutz aus der Krise herausführen kann. Rund 40 Autoren, darunter Klima-, Energie- und Wirt-

schaftsexperten, präsentieren aktuelle Daten und Fakten zum Klimawandel und stellen unter anderem Klimaschutzmaßnahmen vor, die Nachfrage und Beschäftigung steigern können. Wer heute

in den ökologischen Umbau der Wirtschaft investiere, werde auch bei künftiger Ressourcenknappheit, hohen Energiepreisen und hohen Kosten der Reduktion und des Ausgleichs von CO<sub>2</sub>-Emissionen

entscheidende Wettbewerbsvorteile haben, heißt es in dem Bericht. Gelingt aber der Aufbau einer kohlenstoffarmen Wirtschaft nicht, drohe infolge der Ressourcenerschöpfung, der schwindenden Artenvielfalt und der häufigeren Naturkatastrophen auch der Verlust von Arbeitsplätzen. Wenige Monate vor der Kopenhagener Weltklimakonferenz fasst der diesjährige Worldwatch-Bericht den Erkenntnisstand

zum Klimawandel zusammen und stellt Technologien, Verhaltensweisen, Institutionen und Abkommen vor, die notwendig sind, um die von vielen Wissenschaftlern prognostizierte Klimakatastrophe abzuwenden. Ende des Jahrhunderts könnte die globale Durchschnittstemperatur bis zu sechs Grad wärmer sein als zu Beginn der Industrialisierung, warnt der Bericht und plädiert für ein groß angelegtes „Joint Venture“ für Klima- und Energiesicherheit

zwischen Industrie- und Schwellenländern. *ck*

### **Zur Lage der Welt 2009. Ein Planet vor der Überhitzung**

Worldwatch Institute, in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung und Germanwatch. Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2009. 320 Seiten. ISBN 978-3-89691-765-2.

## Zwischen Migration und Integration

In dem Buch „Deutschland mit anderen Augen“ richten Migrantinnen und Migranten aus verschiedenen Entwicklungsländern den Blick auf Deutschland und die Deutschen. Sie erzählen, warum sie nach Deutschland gekommen sind, welche Erwartungen sie hatten und wie sie das Leben in Deutschland wahrnehmen. Dabei stellen sie fest: die Deutschen jammern nicht nur zuviel, sie meckern auch zuviel – aber „auf hohem Niveau“. Doch mit wenig Willen zur Veränderung, meint Kismat Thapa-Magar aus Nepal.

Und die Deutschen suchten immer nach den Unterschieden. „Was aber ist unsere Gemeinsamkeit?“ fragt dagegen Rui Sixpence Conzane aus Mosambik. Dass Integration keine Einbahnstraße ist, betont Elizabeth Sáenz aus Ecuador und plädiert für eine gegenseitige Annäherung. Die Akademikerinnen und Akademiker, die in dem Buch zu Worte kommen, machen deutlich, dass auch sie in die deutsche Gesellschaft viel einzubringen haben. So betont Emmanuel I. Ede aus Nigeria die Beiträge der Afrikanerinnen und

Afrikaner in entwicklungspolitischen Zusammenhängen. *ck*

### **Deutschland mit anderen Augen. Erfahrungsberichte von Menschen mit Migrationshintergrund**

Ulrike Bartels, Claudia Heib, Daniela Ristau (Hg.), Horlemann Verlag, Bad Honnef, 2009. 176 Seiten. ISBN 978-3895022760.

## Schülerheft „Zwei Grad“

„Zwei Grad entscheiden über Hoffnung oder Verzweiflung“ heißt es auf dem Titel eines neuen, 36-seitigen Schülerheftes zum Thema Klimawandel. Es beinhaltet neben einer schülergerechten Zusammenfassung des Berichts über die menschliche Entwicklung 2007/2008 zahlreiche Schaubilder und Beiträge von Jugendlichen aus aller Welt. Die Zielgruppe

sind Schüler der Sekundarstufe I. Das Bildungsmaterial wurde in Kooperation mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und Peace Child International erstellt. Die deutsche Fassung hat die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen herausgegeben.

Weitere Informationen und Bestellung: [www.klimawandel-bekaempfen.de](http://www.klimawandel-bekaempfen.de) *ck*



## MDG Tool-Kit DVD

„Die Kampagne bist Du!“, fordert eine DVD zu den UN-Millenniums-Entwicklungszielen (MDGs) Jugendliche und junge Erwachsene auf, sich für die Armutsbekämpfung zu engagieren. Der „MDG Tool-Kit“ ist als Material- und Methodenbox konzipiert, mit einem Fundus an Hintergrundinformationen und praktischen

Anleitungen. So gibt es Beschreibungen, wie man eine Veranstaltung organisiert oder eine Radiosendung oder ein Podcast produziert. Die DVD entstand aus einer Kooperation der UN-Millenniums-kampagne in Zusammenarbeit mit dem Verein KOSA und dem Welthaus Bielefeld. *ck*

### **MDG Tool-Kit**

DVD. KOSA, UN-Millenniums-kampagne, Welthaus Bielefeld (Hg.). Bielefeld, Dezember 2008. Bezug: [www.kosa.org](http://www.kosa.org) oder [www.welthaus.de](http://www.welthaus.de) (unter Publikationen). Schutzgebühr: 5,00 Euro

## Globales NGO-Forum „15 Jahre nach Kairo“

Vom 2. bis 4. September werden in Berlin Vertreter von Nichtregierungsorganisationen aus Industrie- und Entwicklungsländern zusammenkommen, um 15 Jahre nach der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung (ICPD) in Kairo Bilanz zu ziehen. Das „Global NGO Forum on ICPD at 15“ wird ausgerichtet vom Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Mit einem „Aufruf zum Handeln“ will das Forum ein Lobbying-Instrument für Nichtregierungsorganisationen entwickeln, mit dem diese sich an Regierungen und Abgeordnete wenden können. Außerdem soll ein Aktionsplan verabschiedet werden, mit dem die Anstrengungen zur Erreichung der auf der Kairoer Bevölkerungskonferenz formulierten Ziele verstärkt werden sollen.

1994 hatten 179 Staaten in Kairo ein Aktionsprogramm verabschiedet, das neue

Richtlinien für die internationale Bevölkerungspolitik festlegte. Bis zum Jahr 2015 soll es allen Menschen den Zugang zu Aufklärung und Familienplanung sowie zu Gesundheitsfürsorge rund um Schwangerschaft und Geburt ermöglichen. Seither wurde zwar viel erreicht, dennoch dürfte die Bilanz 15 Jahre nach Kairo gemischt ausfallen.

Weitere Informationen:  
[www.globalngoforum.de](http://www.globalngoforum.de)

ck

## Fachtagung Klima und Migration am 30. November 2009 in Berlin

Die Entwicklungsländer werden durch den Klimawandel besonders stark betroffen sein, weil in diesen Ländern die Lebensweise der Menschen stark durch die natürliche Umwelt geprägt ist. Die Menschen haben meist nur wenige Möglichkeiten, sich Veränderungen der natürlichen Umwelt anzupassen, weil es ihnen an

Bildung oder finanziellen Mitteln fehlt. Weiträumigere Migration und eine zunehmende Zahl an Migranten sind die Folgen. Vor diesem Hintergrund greift die geplante Fachtagung der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) am 30. November 2009 in Berlin ein hochaktuelles Thema auf, das für

die Herkunfts- wie auch die Aufnahmeländer große Bedeutung hat. Die Tagung richtet sich an politische Entscheidungsträger, NGO-Vertreter, Multiplikatoren und Medienvertreter sowie die interessierte Öffentlichkeit.

Weitere Informationen:  
[www.dgvn.de](http://www.dgvn.de), [info@dgvn.de](mailto:info@dgvn.de)

ck

## Bericht über die menschliche Entwicklung 2009

Der diesjährige Bericht über die menschliche Entwicklung (Human Development Report – HDR) des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen widmet sich dem Thema Migration. Er wird in deutscher Übersetzung von der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) herausgegeben und wird voraus-

sichtlich in der ersten Oktoberwoche in Berlin vorgestellt. Der Bericht untersucht Migration im Zusammenhang mit demographischen Veränderungen und Wachstums- und Verteilungstrends. Er lenkt den Blick sowohl auf die Chancen für die menschliche Entwicklung durch Migration, wie den verbesserten Zugang

zu Bildung und medizinischer Versorgung, als auch auf die Risiken, zum Beispiel in den Fällen, in denen Migration eine Reaktion auf Bedrohungen darstellt, oder ein Ausdruck fehlender Alternativen ist.

Weitere Informationen:  
[www.dgvn.de](http://www.dgvn.de)

ck

## Dokumentarfilm „Hotel Sahara“

In einer kleinen Stadt an der mauretanischen Küste begegnen sich zahllose Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa. Der Dokumentarfilm „Hotel Sahara“ von Bettina Haasen (Deutschland 2008, 85 Min, OmU) zeigt, wie sich das, was den meisten als hoff-

nungsvoller Ausgangspunkt für ein neues Leben gilt, allzu oft als Endstation der Migrationsträume erweist. Bundesweiter Kinostart des Films ist der 06.08.2009.

Weitere Informationen:  
[www.hotelsahara.de](http://www.hotelsahara.de)

ck

